

# **Was Du schon immer über ATTAC wissen wolltest**

## **Fragen und Antworten zur Globalisierungskritik für wirtschaftlich Interessierte**

Zum Anlass des 10. Geburtstags von ATTAC Deutschland von Jochen Schemel  
(Erster Entwurf am 22.1.2010, Endfassung am ?)

### Inhalt:

#### **Vorbemerkung**

**Wie versteht sich ATTAC ?**

**Wie ist Eure Globalisierungskritik zu verstehen?**

**Wollt ihr das kapitalistische System abschaffen und wie steht ihr zur Marktwirtschaft?**

**Wo seht ihr die Hauptprobleme, die gelöst werden müssen?**

**Wie engagiert ihr euch für Entwicklungsländer?**

**Worin besteht die Macht der Wirtschaft?**

**Wenn sich der Staat in die Wirtschaft einmischt – kann das gut gehen?**

**Sollen die Unternehmen auch gesellschaftliche Verantwortung übernehmen?**

**Wie steht ihr zu Wettbewerb und Sozialpolitik?**

**Gleicht sich der Lebensstandard in den armen und den reichen Ländern allmählich an?**

**Kann die Kluft zwischen arm und reich überwunden werden?**

**Profitiert der Verbraucher von den niedrigen Weltmarktpreisen?**

**Können die Arbeitszeiten gerechter aufgeteilt werden?**

**Wie hängt die Höhe der Löhne mit der Produktivität der Arbeit zusammen?**

**Wie hängen Konzentration und Macht der Unternehmen zusammen?**

**Kann die weltweite Wirtschaft auf globaler Ebene sozial gestaltet werden?**

**Und welche Alternative sieht ATTAC?**

**Welche Schritte sind schon heute machbar?**

**Wie soll es weitergehen?**

#### **Schlussbemerkung**

**Weiterführende Literatur (kleine Auswahl) und Dank**

#### **Vorbemerkung**

Warum dieser Einführungstext ins Denken und Agieren von Attac? Er soll zwei Funktionen erfüllen: erstens eine Einführung für außerhalb von Attac stehende Leute, die wirtschaftlich interessiert sind, uns aber bisher noch skeptisch gegenüberstehen nach dem Motto: "das sind sympathische Idealisten mit moralischer Empörung und guten Aktionen (einige Missstände werden zurecht angeprangert), aber es fehlt an einer überzeugenden Alternative zur neoliberalen Globalisierung." Und zweitens ein

Anstoß zur Selbstvergewisserung der Attacis nach dem Motto: "Wir sind uns zwar einig darin, wogegen wir sind, aber welche andere Weltwirtschaftsordnung schwebt uns eigentlich vor?"

Der Text geht (abgesehen vom 1. Kapitel) auf häufig gestellte kritische Fragen ein, die immer wieder an uns herangetragen werden – von Leuten, die nicht sicher sind, welche Rolle die wirtschaftliche Globalisierung (die geöffneten Märkte) spielen. Müssen nicht vielleicht nur einige bessere Regeln und Institutionen installiert werden, um die wirtschaftliche Globalisierung politisch gestalten zu können? Genügt es vielleicht, wenn bessere soziale und ökologische Gesetze erlassen werden – ohne den Freihandel anzutasten? Wir haben bei Attac-München im Arbeitskreis „Grundlagen“ über Jahre hinweg die im Text enthaltenen Überlegungen entwickelt und über eine Alternative im Sinne des Regionalisierungskonzepts nachgedacht.

Wir tun uns meist leicht, Ziele und Forderungen zu stellen. Schwieriger wird es, diese Forderungen in einen Zusammenhang zu bringen. Wir müssen eine plausible Vorstellung davon vermitteln können, welche unserer Forderungen zentral und welche kausal nachgeordnet zu sehen sind nach dem Motto: „erst muss die Forderung A umgesetzt sein, damit das angestrebte Ziel mit der Forderung B erreicht werden kann.“ So etwa wird im Text die Auffassung vertreten und begründet, warum im Hinblick auf den global ungeschützten Wettbewerb die Regulierung des Außenhandels von zentraler Bedeutung ist. Und es wird eine Alternative zum neoliberalen (ungeregelten) Freihandel skizziert.

Oft ist es doch so: Wenn wir uns über die neoliberale (Wirtschafts-) Politik ärgern und entsprechende Gegenaktionen machen, dann kommen wir – wenn wir die Ursachen der Fehlentwicklungen bezeichnen wollen – zu Aussagen wie dieser: „Es liegt am herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst und seinem Zwang nach immer mehr Wachstum und Profit...Zeit für einen Systemwechsel...Ein anderes Weltwirtschaftssystem ist nötig.“ Und es werden dann Eigenschaften dieses neuen Systems genannt: Das neue System muss den Menschen dienen und die Natur nicht zerstören. Es muss auf den Prinzipien globaler Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbauen und dazu gehört, dass Nahrung, Bildung, Gesundheit, Alterssicherung, Kultur und Mobilität, Energie, Wasser und Infrastruktur nicht als Waren behandelt werden, sondern als soziale Grund- und Menschenrechte, die für alle Menschen gelten. Alle diese Aussagen sind richtig – und doch befriedigen sie nicht die kritischen Menschen, die sich fragen, auf welche Weise denn die guten und wichtigen Ziele des „neuen Systems“ erreicht werden sollen. Diese Menschen fragen auch, ob denn die gesamte Marktwirtschaft abgeschafft werden soll oder „nur“ zentrale Weichenstellungen in diesem Wirtschaftssystem verändert werden müssen, um zu sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit zu kommen. Wenn wir gegen das „kapitalistische System“ sind: wann ist es überwunden? Welche zusätzlichen Regeln (Gesetze) brauchen wir, um von einem „anderen“ Wirtschaftssystem sprechen zu können? Muss das Streben nach Gewinn abgeschafft oder nur gezügelt werden, damit die Wirtschaft nicht nur den Kapitaleignern, sondern der gesamten Bevölkerung dient?

### **Wie versteht sich ATTAC ?**

ATTAC ist ein globalisierungskritisches Netzwerk von Gruppen in aller Welt, die sich für den Zusammenhang von Gesellschaft und Wirtschaft interessieren und besorgt feststellen, dass im Zusammenhang mit der neoliberalen Globalisierung so viele falsche Weichen gestellt werden – mit der Folge von Massenarbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung, Sozialabbau und Armut immer größerer Bevölkerungsteile.

Wir sehen unsere Aufgabe erstens darin, uns selbst und andere Menschen mit wirtschaftlichen Zusammenhängen vertraut zu machen (Bildungsauftrag). Und zweitens wollen wir uns mit unserem ökonomischen Wissen für ein besseres, solidarisches Leben in der Gesellschaft und für ein friedliches Miteinander der Menschen auf der ganzen Welt einsetzen (Gestaltungsauftrag, Aktionen).

Unser Netzwerk ist plural aufgebaut und vereint Gruppen mit sehr unterschiedlichen Sichtweisen und Interessenschwerpunkten – von „links“ bis „konservativ“, von religiös bis atheistisch, von ökologisch bis sozial orientiert. Wir grenzen uns ab gegen gewaltbereite und gegen rechtsextreme Gruppierungen. Der vorliegende Text ist nicht Konsens bei ATTAC. Dafür ist dieses Netzwerk zu bunt. Wenn von „wir“ die Rede ist, dann ist damit eine nicht kleine Gruppe innerhalb von ATTAC gemeint.

Wir arbeiten daran, alle ökonomischen Verhältnisse zu verändern, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl M.) – und das ohne gewaltsamen Umsturz, sondern im Rahmen der Demokratie und der Menschenrechte. Mit Blick auf die Verantwortung des Einzelnen wurde dieser Gedanke auch schon anders formuliert: „Was ihr eurem Nächsten angetan habt, das habt ihr mir getan“ (Jesus C.) – und das gilt nicht nur für das persönliche Miteinander, sondern auch für die Gestaltung von Strukturen, denen der Einzelne ausgeliefert ist. Wir verstehen uns als Teil der weltweiten Umwelt-, Antiatomkraft- und Friedensbewegung und arbeiten mit den Nichtregierungsorganisationen (NROs) zusammen, die sich auf diese Themenfelder spezialisiert haben.

Wir sind nicht Anhänger einer bestimmten Ideologie, sondern unsere Gemeinsamkeit besteht darin, dass wir uns kritisch mit der neoliberalen Ausprägung von Globalisierung auseinandersetzen und Initiativen gegen die verhängnisvollen Entwicklungen radikaler Marktgläubigkeit ergreifen, zum Beispiel gegen die Privatisierung von Gemeinschaftsgütern (wie Bahn und Wasserversorgung) und gegen die Macht eines globalen Finanzmarktes, der die sozialen und ökologischen Ziele der Gesellschaft systematisch untergräbt. Zu den grundlegenden Menschenrechten, zu deren Verwirklichung sich jeder Staat oder Staatenbund verpflichtet fühlen sollte, zählen wir das Recht auf Erwerbsarbeit und das Recht auf ein Arbeitseinkommen, von dem abhängig Beschäftigte oder Selbständige ein würdiges Leben bestreiten können.

In dem ATTAC-Buch „10 von vielen“ (Gekommen um zu bleiben – Attac: die ersten 10 Jahre) wird der Grundkonsens von ATTAC wie folgt formuliert (S. 16):

- „Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware.
- Attac wirft die Frage nach wirtschaftlicher Macht und gerechter Verteilung auf.
- Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.
- Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz. „

„Attac hat sich zur Aufgabe gemacht, die Globalisierung und ihre politische Gestaltung nicht den Politikern, der Wirtschaft und den vermeintlichen Fachleuten zu überlassen. Als aktionsorientierte Bildungsbewegung wollen wir die Fakten und die Argumente für eine andere Globalisierung für Alle zugänglich und verstehbar

machen. Nur wer über die Zusammenhänge und die Akteure weiß, kann sich richtig wehren“ (ebenda S. 139).

Mit welchen Kampagnen sich ATTAC in die Politik einmischt, kann in entsprechenden Veröffentlichungen (Taschenbuchreihe „Basistexte“) und Faltblättern nachgelesen werden, auch im Internet unter [www.attac.de](http://www.attac.de). Siehe dazu auch weiter unten im Kap. „Welche Schritte sind schon heute machbar?“

Unser Motto: „Globalisierung ist kein Schicksal - eine andere Welt ist möglich.“ „Es ist genug für alle da.“

### **Wie ist Eure Globalisierungskritik zu verstehen?**

Unsere Welt wächst zusammen, und das ist gut so. In den letzten Jahrzehnten haben sich durch neue Verkehrstechniken und über das Internet große Chancen ergeben, weltweit Informationen sehr schnell auszutauschen und Güter über weite Strecken in kurzer Zeit kostengünstig zu transportieren. Wir befürworten den weltweiten Austausch von Informationen und den Kontakt sowie die Verständigung zwischen unterschiedlichen Kulturen weltweit. Unsere Kritik bezieht sich allein auf die wirtschaftlichen Aspekte einer marktradikalen Globalisierung – also auf solche wirtschaftlichen Prozesse, die sich mehr und mehr von politischer Regulierung gelöst haben und immer noch weiter lösen.

Wir sehen unsere Demokratie und den Wohlstand der breiten Bevölkerung durch die neoliberal geprägte Globalisierung in Gefahr. Die neoliberale Globalisierung ist im Hinblick auf den Außenhandel durch die sog. „vier Freiheiten“ (Liberalisierungen) gekennzeichnet: freie (d.h. geöffnete) Finanz-, Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte. Bezogen auf die Binnenwirtschaft steht die neoliberale Globalisierung für die Privatisierung von Gemeinschaftsgütern (lebensnotwendige Leistungen werden zur Ware, also der privaten Gewinnmaximierung unterworfen) und Deregulierung (Abbau sozialer und ökologischer Regeln und Standards, die bisher dem Gewinnstreben zugunsten des Gemeinwohls noch Grenzen setzen konnten). Diese Bestrebungen richten sich darauf, den Staat zu entmachten, damit er der Wirtschaft keine Grenzen (Leitplanken) mehr setzen kann. Dahinter steht die neoliberale Auffassung, dass nur die marktgängigen Bedürfnisse ernst zu nehmen sind. Alle Menschen, die ihre Bedürfnisse nicht über den Markt (Angebot und Nachfrage und daraus abgeleitete Preise) befriedigen können, werden als „Verlierer“ definiert und ausgegrenzt.

Alle unsere Lebensbereiche sind von der neoliberalen Globalisierung erfasst: Arbeit, Klima, Ernährung, Gesundheit, Bildung, die Versorgung mit Wasser und Energie... und schließlich auch die sozialen Sicherungssysteme und die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie. Kann unsere Wirtschaft unter den Bedingungen offener (ungeregelter) Märkte den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen oder wird sie zum Selbstzweck? Werden die „Verlierer“ der neoliberalen Globalisierung nur noch als Wohlfahrtsempfänger mitgeschleppt, oder wird auch diesen Menschen das Recht auf Teilnahme (Erwerbsarbeit) und Teilhabe (an den erwirtschafteten Erträgen) zuerkannt?

Beispiel Finanzmärkte und ihr Zusammenhang mit Gütermärkten: Wenn globale Finanztransfers über alle Grenzen hinweg möglich und keinen Kapitalverkehrsregeln mehr unterworfen sind, dann passiert folgendes: Ein Unternehmen, das über Jahrzehnte hinweg durch die erfolgreiche Arbeit seiner Beschäftigten größer geworden ist, expandiert in den globalen Markt und verlagert die gesamte Produktion oder Teile davon an einen Standort irgendwo in der Welt. Im eigenen Land werden

die entsprechenden Arbeitsplätze abgebaut. Der Unternehmer begründet diesen Schritt mit dem Argument, dass seine Firma im internationalen Wettbewerb stehe und daher die Produktionskosten so niedrig wie möglich gehalten werden müssen, damit die Firma nicht vom Markt verdrängt wird. Dieses Argument ist bei global offenen Märkten nicht zu widerlegen. Der international ungebremste Wettbewerb zwingt die Unternehmen dazu, die Kosten so weit wie möglich zu reduzieren – und das sind vor allem die Arbeitskosten.

Bei offenen, unregulierten Märkten (Freihandel) agieren die großen export- und importorientierten Unternehmen als „global player“. Sie können dem Zugriff einzelner Staaten ausweichen, indem sie ihren Hauptsitz oder Teile ihrer Produktion verlagern in Länder, die ihren Interessen am besten entgegenkommen. Man sagt dazu: das Kapital ist scheu wie ein Reh. Investiert wird dort, wo die höchsten Renditen zu erwirtschaften sind. Das bedeutet: Länder mit niedrigen Löhnen, niedrigen Unternehmenssteuern und niedrigen Sozial- und Umweltstandards haben im internationalen Wettbewerb einen Standortvorteil.

Alle Länder sind bemüht, für sich diesen Standortvorteil zu sichern oder auszubauen. Das Werben um die Gunst der global agierenden Unternehmer und Finanzinvestoren – also eine „wirtschaftsfreundliche Politik“ – bedeutet zum Beispiel, dass anspruchsvolle Soziale Standards aufgegeben, Unternehmenssteuern gesenkt und die Verbrauchssteuern angehoben werden. Die Kluft zwischen arm und reich wächst weiter - und das hat unabsehbare Folgen für unsere Demokratie.

### **Wollt ihr das kapitalistische System abschaffen und wie steht ihr zur Marktwirtschaft?**

Der alte Kampfbegriff „Kapitalismus“ hat sich im allgemeinen Sprachgebrauch inzwischen gewandelt. Wer ihn heute noch verwendet, der lehnt nicht das private Eigentum an Produktionsmitteln mit Lohnarbeit ab und träumt auch nicht von der Alternative Kommunismus mit Planwirtschaft, sondern der distanziert sich von der „kapitalistischen“ Denkweise, die Gewinnmaximierung und ständiges Wachstum als die höchsten Werte erachtet und kein Problem damit hat, wenn sich die relativ kleine Gruppe der Kapitaleigner bereichert - zulasten der von einem ungezügelter Markt benachteiligten großen Mehrheit der Menschen. Diese Benachteiligten sind die (Globalisierungs-)Verlierer des „Systems“, genauer gesagt: Verlierer einer sozial rücksichtslosen und ökologisch schädlichen Ausgestaltung von Marktwirtschaft.

Wer die neoliberale Wirtschaftsordnung einfach mit „Kapitalismus“ gleichsetzt, der spielt allerdings unseren neoliberalen Gegnern in die Hände. Denn dieser in den Auseinandersetzungen des vorigen Jahrhunderts gebräuchliche Begriff suggeriert als Alternative den Sozialismus, Kommunismus – also die Ablehnung der Marktwirtschaft als solche, ohne zwischen einer sozial und ökologisch gezähmten Marktwirtschaft und einer „freien“ (ungeordneten) Marktwirtschaft unterscheiden zu können.

Wir lehnen die Mechanismen des Marktes ab, die sich verselbständigt haben und nur noch einer Minderheit von Globalisierungsgewinnern dienen – auf Kosten des Gemeinwohls sowohl in den Industrieländern als auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Wir befürworten eine sozial und ökologisch gezähmte Marktwirtschaft, die – unter dem Primat der Politik - für alle Menschen die Teilnahme und Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben gewährleistet und ihnen ein angstfreies Leben ermöglicht. Diese Ansprüche können von der neoliberalen (marktradikalen) Wirtschaftsordnung nicht erfüllt werden.

Wir kritisieren daher den Freihandel und andere Formen des Wirtschaftens, die keinen politischen Regeln unterworfen sind, sondern allein nach den Gesetzen des Marktes funktionieren und daher nur - bei rein betriebswirtschaftlicher Sichtweise - auf die (oft kurzfristige) Maximierung von Profit ausgerichtet sind – im Blick auf Aktiengesellschaften auch „Shareholder Value“ genannt. Diese Art des Wirtschaftens setzt sich rücksichtslos über alle negativen Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt hinweg.

Die Politik muss wieder Macht über die Bedingungen des Wirtschaftens gewinnen. Demokratisch beschlossene Regeln müssen den Rahmen abgeben, innerhalb dessen sich der freie Wettbewerb entfalten kann. Diese politisch gesetzten Regeln müssen dafür sorgen, dass die Art und Weise des Wirtschaftens und seine Ergebnisse nicht nur eine kleine Minderheit von Kapitaleignern und Topmanagern begünstigt.

Angesichts des gewaltigen technischen Fortschritts der letzten hundert Jahre ist es möglich geworden, die Wirtschaft so zu organisieren, dass Vollbeschäftigung herrscht und Armut überwunden wird. Ein Leben in Wohlstand – also ein freies Leben ohne materielle Abhängigkeiten, Bevormundung und Angst vor Not – ist in der ganzen Welt machbar. Aber dieses Ziel kann ohne Zügelung der Märkte nicht erreicht werden. Denn eine gerechte und menschenwürdige Verteilung der Güter und der Arbeitszeit ist nur möglich, wenn die Politik entsprechende Ziele vorgibt und mit klaren Regeln dafür sorgt, dass sich die Wirtschaft daran hält.

Wie aber soll das gehen, wenn die global agierenden Unternehmen den auf nationaler Ebene erlassenen und nur hier gültigen Gesetzen ausweichen können? Wie soll das gehen, wenn sich die Länder auf EU- und globaler Ebene nicht auf die notwendigen Regeln einigen können? Darauf wird weiter unten noch eingegangen.

### **Wo seht ihr die Hauptprobleme, die gelöst werden müssen**

Die Massenarbeitslosigkeit – genauer: die gigantische Zahl der Unterbeschäftigten, zu denen auch die vielen Menschen gehören, die zu Teilzeitarbeit und prekärer Beschäftigung gezwungen sind – und die Niedriglöhne, von denen die Beschäftigten ohne staatliche Unterstützung nicht leben können, sind die Hauptprobleme in den Industrieländern. Wenn sie nicht gelöst werden oder sogar noch anwachsen, dann ist nicht nur die (noch in Ansätzen vorhandene) soziale Komponente unserer Marktwirtschaft gefährdet, sondern auch unsere Demokratie. (Auf die Hauptprobleme in den Entwicklungsländern wird weiter unten noch eingegangen.)

In einem offenen Brief an die Betriebsräte von Opel / GM Europa hat die attac-AG-ArbeitFairTeilen im Januar 2010 darauf hingewiesen, dass der menschenverachtende Dauerzustand der Massenarbeitslosigkeit durch den seit beinahe drei Jahrzehnten dominierende Neoliberalismus hervorgerufen wurde und auch in Zukunft aufrecht erhalten werden soll. Das folgende lange Zitat aus diesem Brief charakterisiert treffend, wie die Erwerbslosigkeit zur Aufrechterhaltung der neoliberalen Wirtschaftsordnung missbraucht wird.

„Sinkende Lohnquote, sinkende Massenkaufkraft einerseits, steigende Gewinne und die Neigung zu Finanzspekulationen andererseits. Trotz Weltwirtschafts- und Finanzkrise halten die Verfechter des Neoliberalismus an der Fortsetzung ihres Modells fest, das nur funktioniert, wenn die Gesellschaft permanent gespalten ist und vor allem wenn die Angst bei allen abhängig Beschäftigten zum dominierenden Verhalten im Betrieb und im Kampf zur Verteidigung der eigenen Interessen wird. Tatsächlich sind seit längerem die abhängig Beschäftigten unter den Bedingungen der

Massen- und Dauerarbeitslosigkeit enormen Verlustängsten ausgesetzt, die sie und die Gewerkschaften ständig zu Zugeständnissen bei Löhnen und Sozialleistungen und – was noch schlimmer ist – zur Aufgabe des solidarischen Handelns zwingen, was einer Selbstaufgabe gleichkommt.“

Zur zerstörerischen Wirkung des Arbeitsplatzverlustes auf die Betroffenen heißt es:

„Die Erwerbslosigkeit ist nach unserer Auffassung ein Gewaltakt und ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen. Sie ist ein Raub und eine Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb von Familie, Schule und Lehre mühsam erworben wurden, die dann in Gefahr sind zu verkümmern und schwere Persönlichkeitsstörungen hervorrufen. Unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit leben auch die noch Beschäftigten mit der ständigen Angst, in die Erwerbslosigkeit abzurutschen. Diese Angst dominiert den Alltag und das Familienleben vieler lohnabhängig beschäftigter Menschen und ist die Ursache von psychosomatischen Erkrankungen und Belastungen. In Deutschland leidet inzwischen jeder Sechste unter Angst.“

Mehr noch als die Industrieländer leiden die industriell schwach entwickelten Länder unter der neoliberalen Globalisierung (Öffnung der Märkte) und der damit zusammenhängenden Ausbeutung. Auch in den Entwicklungsländern profitiert eine Wirtschaftselite von der Durchsetzung der neoliberalen (marktradikalen) Doktrin zu Lasten der breiten Bevölkerung, die mit Arbeitslosigkeit und materieller Not den Reichtum der Wenigen bezahlt. Das wird gern mit statistischen Durchschnittswerten verschleiert. Beispiel: Als Wohlstands-Indikator wird gern das durchschnittliche Einkommen herangezogen. Dieses steigt deutlich, wenn zehntausend Multimillionäre je eine Million Euro pro Jahr mehr verdienen und gleichzeitig achtzehn Millionen Menschen ärmer werden, weil sie fünfhundert Euro weniger Einkommen beziehen. Jede Durchschnittsgröße verschleiert das Auseinanderklaffen von arm und reich.

### **Wie engagiert ihr euch für Entwicklungsländer?**

Attac lehnt die Strukturanpassungsprogramme des IWF (Internationaler Währungsfond) ebenso ab wie die Freihandelsabkommen der WTO (Welthandelsorganisation), mit denen die Industrieländer „ihren“ Konzernen Zugang zu den Märkten des Südens verschaffen. Die EU verfolgt mit ihren „European Partnership Agreements“ das gleiche Ziel. Damit werden die bestehenden bäuerlichen, handwerklichen und industriellen Kleinstrukturen der Entwicklungsländer zerstört. An ihre Stelle treten landwirtschaftliche Monokulturen für den Export und industrielle Produktionsstätten in der Hand der Kapitaleigner mit dem Ergebnis von bitterer Armut und Abhängigkeit immer größerer Teile der Bevölkerung.

„Auf der Strecke bleiben vor allem Kleinbauern, die den genetisch gedopten Produkten der Saatgutkonzerne, den Landhunger der Agrarkonzerne oder den Giften und Abfällen von Öl-Gold-Mangan-Uran-...Fabriken zum Opfer fallen. Auch daran liegt es, dass die Zahl der hungernden Menschen steigt – jeder sechste kann sich nicht ausreichend ernähren – in einer Welt, in der so viel Reichtum existiert wie nie zuvor. Um den Welthandel fair und zum beiderseitigen Nutzen zu gestalten, müssen die Bedingungen grundlegend verändert werden. Dazu gehört das Recht auf eine selbst bestimmte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik: Jede Gemeinschaft muss ihre Landwirtschaft und ihre Ernährung den eigenen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Umständen entsprechend gestalten können, allerdings ohne eine Schädigung anderer. Das beinhaltet das Recht, landwirtschaftliche Produktion zu schützen und zu regulieren. Auch Mindestpreise, die den Produzenten

ein angemessenes Einkommen garantieren, die Einhaltung der Standards der Internationalen Arbeitsorganisation und Entwicklungsgerechtigkeit gehören ebenso dazu wie der Respekt gegenüber der Umwelt.“ (Attac-Zitat aus „Zehn von vielen“).

Auch industriell gering entwickelte Länder wären in der Lage, aus eigener Kraft für ihre Bevölkerung Wohlstand zu schaffen, wenn sich die Industrieländer nicht ständig einmischen würden – in Komplizenschaft mit den Macht- und Wirtschaftseliten dieser Länder. Um die von den Industrieländern mit verursachten Probleme lösen zu können, ist eine solidarische Hilfe durchaus angebracht – aber eine Hilfe nur zur Selbsthilfe, indem z.B. technisches Know how (Patente, Experten) kostenlos zur Verfügung gestellt und Unterstützung beim Bau von Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Verkehr) geleistet wird. Am wichtigsten ist, dass sich die regionalen Märkte ohne Störung durch neoliberale Einwirkung entwickeln können, um die gewachsenen Wirtschaftsstrukturen zu erhalten und zu stärken und auf dieser Basis eine eigenständige Entwicklung von Industrie voranzubringen. Nur so lassen sich Massenarbeitslosigkeit und Armut eindämmen.

### **Worin besteht die Macht der Wirtschaft?**

In der internationalen Standortkonkurrenz liegt das Erpressungspotential, dem die einzelnen Staaten – die Politiker auf nationaler Ebene - ausgesetzt sind. Unternehmen und Wirtschaftsverbände setzen die ihnen genehmen Gesetze durch, indem sie den Regierungen androhen, dass bei einer von ihren Wünschen abweichenden Politik – zum Beispiel einer konsequenten Politik gegen die Arbeitslosigkeit - mehr und mehr Unternehmen (und mit ihnen die Arbeitsplätze und Steuern) in Länder mit einer wirtschaftsfreundlicheren Politik ausweichen. Forderungen der Wirtschaft sind z.B.: alle Kosten (Lohnnebenkosten, Steuern) sollen gesenkt, alle für Unternehmen hinderlichen Regeln zurückgenommen (Deregulierung, „Entbürokratisierung“), die Rechte der Arbeitnehmer beschnitten (Kündigungsschutz), die Unternehmen der öffentlichen Hand privatisiert (z.B. Bahn, Wasserwerke, Sparkassen), die Regeln und Kontrollen des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs, Zölle und Kontingente abgeschafft werden.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts wird zur obersten Richtschnur des politischen Handelns. Widersetzt sich eine Regierung diesem Druck, muss sie mit Kapitalflucht und Standortverlagerung in wirtschaftsfreundlichere Standorte rechnen, also mit einem drastischen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit und mit der Überforderung des sozialen Netzes. Entsprechend unzufrieden wird dann die Bevölkerung reagieren. Und das bedeutet Abwahl der regierenden Parteien bei nächster Gelegenheit – und diese Aussicht übt einen gewaltigen Druck aus.

In Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung können die Unternehmen mit den Regierungen auf nationaler und europäischer Ebene „Katz und Maus“ spielen. Den global agierenden Konzernen kann keine politische Gegenmacht die notwendigen Grenzen setzen. Denn selbst dann, wenn von den Politikern gut gemeinte Regeln erlassen werden, um die Unternehmen an ihre gesellschaftliche Verantwortlichkeit zu binden, sind diese Regeln in ihrer Wirksamkeit nur auf das jeweilige Hoheitsgebiet des einzelnen Staates bzw. Staatenverbunds (z.B. der EU) begrenzt. Sie verfehlen daher ihre Bindewirkung gegenüber global agierenden Konzernen, die mühelos in der Lage sind, alle einzelstaatlichen Regelungen zu umgehen: mit der Verlagerung ihres Hauptsitzes, mit Hilfe ausgelagerter Zweigbetriebe und mit Briefkastenfirmen in Steuerparadiesen.

Mit ihren globalen Finanztransaktionen, die wegen fehlender Regulierungen zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise geführt haben, mehrt die international



agierende Wirtschaftslobby nicht nur ihren unanständigen Reichtum, sondern auch ihre Macht. Und mit dieser Macht verhindert sie den Erlass von Regeln, die notwendig sind, um die Privilegien dieser kleinen Gruppe von Kapitaleignern zu beschneiden und die Welt vor einer erneuten Wirtschaftskatastrophe zu bewahren.

In einer solchen Situation, in der die national agierenden Politiker gegenüber der Wirtschaftselite hörig oder ohnmächtig sind, verliert demokratische Politik ihre Glaubwürdigkeit und wird zur hohlen Phrase, sobald die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne berührt sind. Es kann nicht akzeptiert werden, dass die politischen Entscheidungsgremien von den Vertretern der Wirtschaft ständig wie Ochsen am Nasenring vorgeführt werden – zu Lasten der Bevölkerung.

### **Wenn sich der Staat in die Wirtschaft einmischt – kann das gut gehen?**

Die aktuelle Finanz- und Weltwirtschaftskrise ist nur die Spitze des Eisbergs. Sie hat die Übermacht der Wirtschaftselite und die Abhängigkeit unserer Politiker von dieser „Elite“ sehr deutlich erkennbar gemacht. Erst seit dieser Krise ist zumindest einigen Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftsredakteuren klar geworden, dass der von den Vertretern des Neoliberalismus verbreitete Glaubenssatz von der Fähigkeit des Marktes zur Selbstregulierung „im Interesse des Wohlstands aller“ eine gefährliche Ideologie darstellt.

Die Volks- und Weltwirtschaft darf nicht nur verstanden werden als die Summe von Einzelentscheidungen aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht. Vielmehr muss der Erfolg des Wirtschaftens neben seinen Wirkungen für das jeweilige Unternehmen auch an seinen Wirkungen für die gesamte Gesellschaft gemessen werden – an seiner Sozial- und Umweltverträglichkeit. Und diese außerhalb des betriebswirtschaftlichen Kalküls liegenden Effekte können nur durch Regeln (Gesetze, Verordnungen, Ver- und Gebote, Anreize) erreicht werden, die von demokratisch gewählten Regierungen erlassen und für alle Unternehmen im Einflussbereich dieser Regeln verbindlich sind.

Nur durch gesetzliche Vorgaben (Regeln), an die sich alle halten müssen, kann sichergestellt werden, dass Wirtschaftsunternehmen auch Verantwortung für Angelegenheiten der Allgemeinheit übernehmen – und dies nicht nur dann tun, wenn es ihnen in ihr Marketingkonzept passt. Ohne solche klaren Rahmenseetzungen würde jedes mit Kosten verbundene und nicht vermarktbares Engagement für soziale und ökologische Ziele die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Unternehmens mindern.

Der Staat sollte sich nicht in betriebswirtschaftliche Entscheidungen der Wirtschaftsunternehmen einmischen, so lange diese Entscheidungen im Rahmen gültiger Gesetze gefällt werden. Er soll jedoch durch geeignete Gesetze Rahmenbedingungen vorgeben, an die sich alle Unternehmen im Interesse der Allgemeinheit zu halten haben. Das Problem besteht – wie bereits angedeutet – darin, dass die global agierenden Unternehmen bei weltweit geöffneten Märkten solchen Gesetzen (Rahmenbedingungen des Wettbewerbs) ausweichen können.

### **Sollen die Unternehmen auch gesellschaftliche Verantwortung übernehmen?**

Unternehmen sind nützlich für die Gesellschaft, sofern sie keine schädlichen Güter und Dienstleistungen produzieren und anbieten. Denn sie schaffen Arbeitsplätze und führen Steuern ab. In privat organisierten Unternehmen tun sich die Eigentümer des Kapitals (des Grundstücks, der Gebäude, Maschinen und Apparate) zusammen mit den Beschäftigten (seien sie nun Geschäftsführer, Manager, Techniker oder „einfache“ Arbeiter und Angestellte), um bestimmte Güter oder Dienstleistungen auf

den Markt zu bringen. In staatlichen Unternehmen ist der Kapitaleigner die öffentliche Hand. Unternehmen – ob privat oder öffentlich – schaffen Werte und sind somit die Quellen (oder auch: der Motor) des materiellen Wohlstands. Um im Bild zu bleiben: Wenn das Wasser dieser Quelle in falsche Richtungen geleitet wird (Verteilungsproblem) oder wenn der Motor ins Stottern gerät (Krisen), dann sind davon nicht nur die Kapitaleigner betroffen, sondern die gesamte Gesellschaft.

Ein Wirtschaftsunternehmen hat also Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern auch für das Ganze zu übernehmen. Von diesem „Ganzen“ profitiert auch jedes Unternehmen, denn es ist auf eine funktionierende Rechtsordnung angewiesen (die z.B. das Eigentum schützt und sozialen Frieden sichert), auf gut ausgebildete und gesunde Arbeitnehmer (Gesundheits- und Bildungsinstitutionen) sowie auf gute Umweltbedingungen (z.B. Klimaschutz, Luft und Wasser in genießbarem Zustand, biologische Vielfalt). In einem Staat muss jedes Mitglied dieser organisierten Gemeinschaft im Rahmen seiner Möglichkeiten Verantwortung übernehmen. Das Ganze lebt von der Mitwirkung aller seiner Einzelteile. Der Starke kann mehr schultern als der Schwächere. Eine Gemeinschaft ohne Solidarität ist zum Scheitern verurteilt – sie zerfällt in Einzelinteressen, die sich gegenseitig blockieren und bekämpfen.

Wenn also Massenarbeitslosigkeit und Armut zunehmen und die Zerstörung der Umwelt droht, dann müssen alle Kräfte in der Gesellschaft zusammenarbeiten, um solche Missstände zu überwinden – auch die Unternehmen, die ja bekanntlich über besonders viele materielle Ressourcen verfügen, jedenfalls über mehr als der einzelne Bürger oder Bürgerinitiativen.

Vor allem dann, wenn sich unternehmerische Entscheidungen als wichtige Ursachen für sehr problematische Entwicklungen herausstellen, muss gefragt werden, welche Antriebskräfte zu den Fehlentwicklungen geführt haben und welche Regeln wie verändert werden müssen, damit die Unternehmen einen möglichst großen Nutzen nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Gemeinschaft (für das Ganze) stiften.

Die verhängnisvollsten Fehlentwicklungen ergeben sich dann, wenn ein Unternehmen Entscheidungen fällt, die zwar dem Unternehmen nützen, jedoch dem Gemeinwohl schaden. Ein solches Divergieren der privaten und gemeinwohlorientierten Nutzenkalküle lässt sich nur vermeiden, wenn vom Staat dem Unternehmen und seinen Konkurrenten die gleichen Regeln des Wirtschaftens verbindlich vorgegeben werden – Regeln, die dafür sorgen, dass die Interessen der Allgemeinheit gewahrt bleiben. Auf diese Weise wird im Wettbewerb niemand benachteiligt, der sein unternehmerisches Handeln nach Grundsätzen der Sozial- und Umweltverträglichkeit ausrichtet.

Es reicht nicht, wenn ein Unternehmen nur Arbeitsplätze anbietet, Steuern zahlt und alles andere dem Staat überlässt: die Sorge, dass der erwirtschaftete Reichtum allen Menschen zugute kommt und nicht nur solchen, die durch irgendwelche Umstände (z.B. eine intakte Familie, größere Erbschaft, gute Bildungschancen, gut bezahlte Beamtenstelle, Eigentum an Kapital) begünstigt sind. Insbesondere die Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit und die Sicherung eines menschenwürdigen Einkommens für alle Beschäftigten lassen sich nur erreichen, wenn unternehmerische und gesamtgesellschaftliche Interessen nicht gegeneinander stehen, sondern in eine gemeinsame Richtung zielen.

In Zeiten der neoliberalen Globalisierung ist die Massenarbeitslosigkeit ein Vorteil für die Unternehmen, die unter diesen Bedingungen ihre Arbeitskosten drücken können, um wettbewerbsfähiger zu werden.

Wenn die Unternehmen der Hochlohnländer unter dem politisch geschaffenen Sachzwang der global offenen Märkte in einem mörderischen Wettbewerb mit Billiglohn- und Niedrigsteuerländern stehen, dann sind den Regierungen weitgehend die Hände gebunden, wenn sie Ziele wie sozialen Ausgleich und Umweltschutz durchsetzen wollen – Ziele, die nicht der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit nützen, sondern „nur“ der Lebensqualität der Bevölkerung.

Wenn verbindliche Regeln fehlen, die eine soziale und ökologische Verantwortung der Unternehmen für das Gemeinwohl erzwingen, dann ist die Maximierung des Gewinns der einzige Maßstab, an dem der Erfolg eines Unternehmens gemessen wird (shareholder value). In Unternehmen, die allein den Gesetzen des Marktes folgen, hat soziales und ökologisches Engagement – sofern es stattfindet – nur einen Grund: die Gewinnaussichten des Unternehmens werden (z. B. durch Image-Aufbesserung) erhöht.

### **Wie steht ihr zu Wettbewerb und Sozialpolitik?**

Wettbewerb an sich ist nicht schlecht, sondern notwendig. Zu recht wird gesagt: Wettbewerb belebt das Geschäft. Sonst würden sich die Unternehmen auf die faule Haut legen und trotzdem gut verdienen können – mit hohen Preisen für die Verbraucher. Es kommt jedoch auf die Schärfe und Fairness des Wettbewerbs an: ob es ein Wettbewerb zwischen Unternehmen mit weltweit extrem unterschiedlichen Rahmenbedingungen oder zwischen Unternehmen in einer Region mit gleichen Rahmenbedingungen ist. Und es kommt darauf an, ob dieser Wettbewerb politisch steuerbar ist, damit die Gewinnanreize die Unternehmen nicht in eine für die Gesellschaft schädliche Richtung führen.

Durch das Aufsprengen und Durchbrechen der vorher national abgegrenzten Märkte – abgegrenzt bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts durch Zölle, Kontingente und strenge Kapitalverkehrsregeln – hat sich der belebende Wind des Wettbewerbs in einen zerstörerischen Orkan verwandelt.

Unsere Demokratie folgt laut Grundgesetz dem Sozialstaatsprinzip. Gesetze für den sozialen Ausgleich und für die ökologische Nachhaltigkeit wurden und werden erlassen. Zurzeit verfügen wir noch über ein zwar löchriges, aber immer noch relativ beachtliches soziales Netz. Allerdings ist diese soziale Absicherung durch steigende Massenarbeitslosigkeit gefährdet, wenn weitere Millionen Arbeitslose hinzukommen.

Durch die wirtschaftliche Globalisierung sind zum Beispiel sehr viele unserer Arbeitsplätze in der Industrie und im industrienahen Dienstleistungssektor bedroht. Der Verlust von Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe - die so genannte De-Industrialisierung - ist noch längst nicht abgeschlossen. Dazu einige konkrete Zahlen:

In Deutschland liegt der Beitrag der Industrie am Bruttoinlandsprodukt noch relativ hoch (bei ca. 25 Prozent, Stand 2010), was uns von den Finanzdienstleistungen weniger abhängig macht als z.B. England und die USA. Vom Vorhandensein der Industrie sind die industrienahen oder produktgebundenen Dienstleistungen abhängig. Es ist fraglich, wie lange Deutschland der internationalen Konkurrenz (z.B. mit China) gewachsen ist. Immer mehr Unternehmen wandern in Billiglohnländer ab.

In den letzten zwanzig Jahren – seit der stärker werdenden Öffnung der Finanz- und Gütermärkte - hat sich der Anteil der Arbeitsplätze im industriellen Sektor (ohne Baugewerbe) um ca. 10 Prozent - von ca. 29,3 % auf ca. 19,4 % aller Arbeitsplätze - verringert. Nach seriösen Schätzungen werden sich in Deutschland auf längere Sicht nur 20 bis 30 Prozent der heute noch in der Industrie Beschäftigten halten können. Es ist also damit zu rechnen, dass die heute ca. 7,8 Millionen Arbeitsplätze im

industriellen Sektor um 5,4 bis 6,2 Millionen weniger werden. Es ist kaum anzunehmen, dass sich auch nur die Hälfte dieses Verlusts im Dienstleistungssektor auffangen lässt. Die Massenarbeitslosigkeit wird also in Deutschland (und auch in Europa) in Zukunft noch weiter dramatisch ansteigen.

In Sonntagsreden wird versprochen, dass der Sozialstaat erhalten bleibt und dass auch in Krisenzeiten die Schwachen von den Starken mitgetragen werden. Wir haben relativ starke Gewerkschaften und eine Regierung, die verspricht, dass sie alles gegen die Massenarbeitslosigkeit, gegen Niedrigstlöhne und für die soziale Absicherung tun will.

Und trotzdem: Massenarbeitslosigkeit und Armut nehmen bei uns und weltweit zu. Nur eine kleine Minderheit wird davon verschont bleiben – eine Gruppe von Personen, die immer reicher werden. Was nützt es der Bevölkerung, wenn die Unternehmen sehr viel exportieren - mit riesigem Exportüberschuss in der Leistungsbilanz? Es nützt den exportierenden Unternehmen. Ihre hohen Gewinne fließen in die Taschen der Kapitaleigner und der gut bezahlten Manager und Spezialisten, soweit diese Gewinne nicht reinvestiert werden, um mit den neuesten Maschinen (Ersatz für teure Arbeitskräfte) die Produktivität des Unternehmens zu steigern und international wettbewerbsfähig zu bleiben. Und diese Investitionen gehen – wie gesagt - in Länder mit billigeren Arbeitskräften und niedrigeren Unternehmenssteuern, weil sich dort kostengünstiger produzieren lässt. Natürlich bekommen auch die „kleinen“ Beschäftigten ihr Geld, aber eben möglichst wenig, weil hohe Arbeitskosten als Gift für die internationale Wettbewerbsfähigkeit betrachtet werden.

### **Gleicht sich der Lebensstandard in den armen und den reichen Ländern allmählich an?**

Diese Hoffnung wird von neoliberalen Theoretikern gern an die Wand gemalt. Es wird behauptet, die Öffnung der Finanz- und Gütermärkte führe zu einer weltweiten Arbeitsteilung. Und wenn diese den Gesetzen des Marktes gehorchende Arbeitsteilung nicht durch staatliche Einflüsse gestört werde, dann steige der Wohlstand aller Menschen in der Welt. Noch bis in die jüngste Vergangenheit beherrschte diese Theorie weltweit die Köpfe der Wirtschaftswissenschaftler und der von ihnen beratenen Politiker - bis zum Ausbruch der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese zeigte den Markt plötzlich als „König ohne Kleider“. Inzwischen wird zumindest in den öffentlichen Reden eingestanden, dass der Markt Regeln braucht. Darin, welche Regeln das sein müssen, besteht völlige Uneinigkeit und Unklarheit. Die Wirtschaftslobby weltweit versteht es, notwendige Regeln zu verhindern.

Immer noch geistert die Vorstellung durch die Köpfe vieler Menschen, dass durch die aus den Industrieländern in die Entwicklungs- und Schwellenländer fließenden Investitionen der Wohlstand der armen Länder allmählich angehoben wird, bis er das Niveau der reichen Länder erreicht hat. Diese Vorstellung läuft unter dem Namen Konvergenztheorie. Sie besagt, dass die Mechanismen eines weltweit unregulierten Marktes auf einen „Faktorausgleich“ hinauslaufen: die Faktoren (Arbeit, Kapital, Bildung, Infrastruktur, Rechtsordnung...), von deren Ausgestaltung und Kosten die Wirtschaftsleistung eines Standorts abhängen, würden sich allmählich angleichen.

Warum funktioniert das nicht? Eine den Marktgesetzen folgende internationale Arbeitsteilung bewirkt, dass sich die Produktion von Gütern und Dienstleistungen weltweit an den Standorten konzentriert, wo die aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht besten Bedingungen herrschen. Wenn das Kapital global ungehindert transferiert werden kann, dann wird es dort investiert, wo eine verlässliche Rechtssicherheit

herrscht (die kann auch durch eine Militärdiktatur garantiert werden - Hauptsache, das Eigentum ist geschützt), wo die benötigte Infrastruktur vorhanden ist und wo die Arbeit - bei gleicher Qualität – am wenigsten kostet.

Unternehmen in Hochlohnländern müssen ihre hohen Arbeitskosten durch entsprechend gesteigerte Produktivität der eingesetzten Arbeit rechtfertigen können, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben wollen. Das bedeutet: die technologische Entwicklung (der Einsatz von Maschinen und Apparaten) muss vorangetrieben werden (Stichwort Innovation) und die Menschen, die damit arbeiten, müssen den entsprechenden Spezialanforderungen gewachsen sein.

Überall in der Welt setzt man daher auf eine bessere Ausbildung der Bevölkerung als das Allheilmittel, um im internationalen Standortwettbewerb mithalten zu können. Wer über keine oder wenig natürliche Rohstoffe verfügt - z.B. viele europäische und asiatische Staaten - der setzt in ganz besonderem Maße auf den „Rohstoff Bildung“.

Je mehr der Einsatz von Kapital (Maschinen, Apparate) und Spezialkräften das Wirtschaftsgeschehen bestimmen, desto mehr Arbeitsplätze werden (nicht nur) im produktiven Sektor ersetzt und überflüssig. Der Abbau von Arbeitsplätzen ist die zwangsläufige Folge erhöhter Produktivität. Für die Unternehmen ist das dann kein Problem, wenn es ihnen gelingt, entsprechend mehr und neue Produkte zu erzeugen und sich damit auf dem Markt zu behaupten.

Das setzt allerdings Kaufkraft bei denen voraus, die Interesse an solchen Gütern und Dienstleistungen haben. Wenn immer mehr Arbeitslosigkeit und Armut um sich greifen, dann entfällt viel Nachfrage – und damit kommt der Motor des erhofften Wachstums ins Stocken.

Wenn auf dem Binnenmarkt nicht genug Nachfrage besteht, dann kennen die Unternehmen einen Ausweg: sie orientieren sich verstärkt an der Nachfrage auf Exportmärkten. So haben die Unternehmen in Deutschland (ähnlich wie in Japan und China) in besonders großem Ausmaß auf Exporte gesetzt.

Aber kann das auf Dauer gut gehen? Wir benutzen die Entwicklungs- und Schwellenländer als „verlängerte Werkbänke“ unserer Unternehmen. Aber die ärmeren Länder schlafen nicht. Sie bilden ihre nach Wissen und nach Arbeit hungernde Bevölkerung ebenfalls aus – in exzellenten Universitäten, die den unsrigen nicht nachstehen oder bald nicht mehr nachstehen werden.

Und was passiert mit den vielen Menschen, die den wachsenden Anforderungen an die Ausbildung nicht gewachsen sind? Schon heute stehen wir vor der wachsenden Menge der Menschen, die vom Arbeitsmarkt nicht mehr aufgenommen werden. Und die Lohnkosten stagnieren oder fallen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse verdrängen die sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätze. Der Dienstleistungssektor kann die „freigesetzten“ Arbeitsplätze auf dem Industriesektor nicht aufnehmen – jedenfalls nicht mit Löhnen, von denen die Beschäftigten leben können.

Die Arbeitskosten bei uns stehen in direktem Wettbewerb mit den Arbeitskosten in Asien und anderen Billiglohnländern. Diese Konkurrenzsituation wird lediglich durch die (geringen) Transportkosten abgemildert. Heißt das, dass sich unsere Löhne z.B. denen in China und Indien allmählich anpassen müssen? Der neoliberale Nobelpreisträger Norman Freedman hat auf diese Frage eine ernst gemeinte Antwort gegeben, die in unseren Ohren zynisch klingt: bei freien Märkten gibt es keine Arbeitslosigkeit, sondern nur zu hohe Löhne. Soll heißen: Wer für 50 Cent die Stunde arbeitet, bekommt immer einen Arbeitsplatz. Das läuft auf Neofeudalismus hinaus –

und es ist ja auch nachvollziehbar, dass die Gutverdiener gern wieder Dienerschaft in ihrem herrschaftlichen Haus sehen würden.

Bei global freien - d.h. geöffneten, nicht durch Zölle, Kontingente und Kapitalverkehrsregeln geordneten - Märkten müssen wir damit rechnen, dass sich bei uns nicht nur die Löhne, sondern auch die sozialen und ökologischen Standards denen in Asien anpassen. Und die Leistungen des Staates für Gemeingüter wie Gesundheit, Bildung, Wasser- und Energieversorgung, Mobilität, Alterssicherung, Umweltschutz müssen sich ebenfalls früher oder später den Bedingungen der wirtschaftsfreundlichen Standorte anpassen, die solche Leistungen privatisiert haben nach dem Motto: Jeder ist seines Glückes Schmied und der Schwache hat keinen Anspruch auf Unterstützung durch den Starken. In den Ländern mit sozialen Sicherungssystemen ist der Sozialabbau Programm – als Folge des selbst geschaffenen Sachzwangs der geöffneten Finanz- und Gütermärkte und nicht als Folge eines bewussten politischen Willens.

Aber profitieren nicht die ärmeren Länder von den Investitionen aus den reicheren Ländern? Diesem neoliberalen Argument ist entgegenzuhalten: Wenn in den Schwellenländern der durchschnittliche Wohlstand in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen ist (abgesehen von der Verteilungsfrage), dann ist das auf den technischen Fortschritt (Erhöhung der Produktivität der Arbeit) und nicht auf den Freihandel zurückzuführen. Das lässt sich am Beispiel Chinas sehr gut belegen. Deren gestiegener Wohlstand kann nur damit erklärt werden, dass sich China nicht in die Abhängigkeit westlicher Investoren begeben hat. Sie haben ihren Außenhandel politisch gesteuert, wenn auch nicht auf demokratische Weise.

Investitionen erhöhen nur dann den Wohlstand der Bevölkerung, wenn dadurch nicht auf Dauer mehr Arbeitsplätze in den vorhandenen (arbeitsintensiveren) Wirtschaftsstrukturen zerstört werden als neue Arbeitsplätze entstehen. Die Billiglohn- und Niedrigsteuerländer in Asien und Südamerika sind immer der Drohung ausgesetzt, dass die Investoren bei steigenden Löhnen in Länder weiterziehen, wo die Löhne und Steuern niedriger sind. Nicht mit einer Angleichung der Wohlstandsniveaus armer und reicher Länder ist zu rechnen, sondern mit einem „race to the bottom“: Die Industrieländer werden ärmer und die Entwicklungsländer bleiben auf ihrem niedrigen Lebensstandard – und das, obwohl die technische Entwicklung weltweit bei anderen Regeln des Wirtschaftens einen Wohlstand für alle möglich machen würde.

Insgesamt führt eine weltweit ungebremste Konkurrenz dazu, dass die Macht der global agierenden Konzerne durch Konzentration immer mehr steigt und die Einflussmöglichkeiten der Staaten immer mehr schwinden.

### **Kann die Kluft zwischen arm und reich überwunden werden?**

Auch in früheren Jahrhunderten, als die technische Entwicklung noch längst nicht ihr heutiges Niveau erreicht hatte, gab es eine große Kluft zwischen arm und reich – bedingt durch das Diktat des Mangels und der Knappheit. Die Starken haben sich die knappen Güter leichter aneignen können als die Schwachen und kannten da auch keine Skrupel. Eine auf sozialen Ausgleich zielende Rechtsordnung gab es noch nicht. Die vordemokratischen, autoritären Machtverhältnisse im neunzehnten Jahrhundert und in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts waren so ausgerichtet, dass sich die herrschenden Eliten zu Lasten der breiten Bevölkerung bereichern konnten. Die Reichen haben gemeint, die von ihnen geschaffene und auf ihre Sonderinteressen zugeschnittene Wirtschaftsordnung (mit dem Primat des freien, unregulierten Marktes) sei wie ein Naturgesetz, also ihr „gutes Recht“, das sie durchsetzen konnten, ohne vor Scham zu erröten. Sie meinten, das von Darwin bei

den Tieren festgestellte Naturgesetz, demzufolge sich die Starken im Überlebenskampf gegen die Schwachen (Nicht-Angepassten) durchsetzen, sei auf das menschliche Zusammenleben übertragbar und rechtfertige eine wirtschaftliche Liberalität. Diese „Freiheit“, so meinten sie, erlaube es ihnen, ihre Wirtschaftsinteressen gegen die abhängig Beschäftigten durchzusetzen. Die auf dem darwinistischen Prinzip fußende Freiheit war schon immer die Freiheit der Mächtigen, die Menschen ausrauben zu dürfen, die von ihnen abhängig sind. Erst die Gegenmacht der Gewerkschaften und sozialstaatliche Gesetze haben im letzten Jahrhundert der Allmacht der Wirtschaftselite gewisse Grenzen setzen können.

Wenn in den vergangenen Jahrzehnten der Neoliberalismus die alten Ideen eines ungezügeltten Marktes wieder salonfähig gemacht hat, konnte und kann er sich nicht mehr auf das überholte Gesellschafts- und Menschenbild des Frühkapitalismus berufen. Die Zeiten haben sich geändert – und mit ihnen die Ansprüche der Menschen auf ein würdiges Leben. Wenn in Zeiten der beginnenden Industrialisierung noch echter Mangel herrschte, weil die technische Entwicklung noch am Anfang stand, so herrscht heute bei hoch produktiver Arbeit Überfluss. Dessen Verteilung läuft jedoch nach überholten („markoliberalen“) Vorstellungen ab. In der heutigen Zeit kommt es darauf an, die Bedingungen des Wirtschaftens politisch so zu gestalten, dass alle Menschen teilnehmen und teilhaben können an der Erschaffung und am Verbrauch der reichlichen Güter und Dienstleistungen.

Trotz dieser Weiterentwicklung unserer Erkenntnisse und unserer Wertvorstellungen von Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit müssen wir ein Verteilungsproblem von ungeahntem Ausmaß beklagen. Dieses Problem ist weder technisch noch mit vordemokratischen bzw. margindemokratischen Staatsformen zu erklären, sondern mit einer geschickt verschleierte Macht einer Wirtschaftselite, die es bisher unter dem Deckmantel demokratischer Verfahren verstanden hat, ihre Partialinteressen als die Interessen der Allgemeinheit auszugeben. Dazu hat sie sich der Massenmedien bedient, die sich entweder in ihrem Eigentum befinden oder von ihrem Wohlwollen (Anzeigenschaltung) abhängen. Aber nicht nur das: diese „Elite“ hat sich auch die Dummheit und Manipulierbarkeit derer zu Nutzen gemacht, die zu träge sind, um sich über die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu informieren und sich eine eigene Meinung zu bilden.

Die Kluft zwischen arm und reich wächst nicht nur in weltweitem Maßstab (also im Vergleich der Länder untereinander), sondern auch innerhalb der einzelnen Länder. Die Gründe sind ziemlich einfach: wer Kapital besitzt und dieses in gewinnträchtige Unternehmen (Aktien) investiert, der profitiert davon, dass Kapital im Vergleich zur Arbeit immer wichtiger wird und entsprechende Zinsen abwirft. Die Arbeit dagegen verliert an Wert – gemessen am Arbeitseinkommen. Je mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert worden sind, ohne im Dienstleistungssektor aufgefangen werden zu können, desto mehr Massenarbeitslosigkeit ist entstanden – und das trifft nicht nur die niedrig qualifizierten Arbeitsplätze, sondern immer mehr auch hoch qualifizierte. Wenn sich viele gleich qualifizierte Personen um einen Arbeitsplatz bewerben, dann kann der Lohn leicht gedrückt werden mit den bekannten Folgen schwindender Kaufkraft auf Binnenmärkten.

### **Profitiert der Verbraucher von den niedrigen Weltmarktpreisen?**

Die sehr geringen Arbeitskosten in den Entwicklungs- und Schwellenländern (in Kombination sehr geringer Transportkosten) machen die von dort importierten Güter und Dienstleistungen bei uns deutlich billiger als wenn diese bei uns erstellt werden

würden. Das ist ja auch der Grund, weswegen der unpolitische Bürger so leicht an die angeblichen Vorteile der wirtschaftlichen Globalisierung glaubt.

Aber der niedrige Preis importierter Güter fordert einen hohen Preis an anderer Stelle: Massenarbeitslosigkeit, ungesicherte, zu schlecht bezahlte Beschäftigung und Existenzangst von immer mehr Menschen.

Der wirtschaftlich ungebildete Bürger sieht diesen Zusammenhang nicht und die in den Händen der Wirtschaftselite liegenden Medien hüten sich, die Bevölkerung über diesen Zusammenhang aufzuklären. Es sollte aber bekannt sein: wenn jeder Arbeitswillige einen angemessen gut bezahlten Arbeitsplatz hat, dann kann er sich auch höhere Preise leisten. Wegfallen würden die riesigen Einkommensunterschiede, die sich durch Leistung nicht rechtfertigen lassen. Als Globalisierungskritiker kennen wir jedoch die heute herrschenden Mechanismen der unregulierten Märkte: bei weltweit offenen Märkten schwächen höhere Löhne, die sich nicht durch eine entsprechende Steigerung der Produktivität rechtfertigen lassen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit vielfach auch Arbeitsplätze – jedenfalls dort, wo die Arbeitskosten einen relevanten Anteil an den Gesamtkosten ausmachen.

### **Können die Arbeitszeiten gerechter aufgeteilt werden?**

Wenn es weniger Arbeit gibt, weil viel von ihr durch Maschinen und Apparate ersetzt wurde: liegt es da nicht nahe, die Überstunden abzuschaffen und die regulären Arbeitszeiten zu verkürzen, damit wieder mehr Arbeitsplätze entstehen?

Diese Regelung liegt tatsächlich nahe, aber sie ist in Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung nicht machbar. Denn bei global offenen Märkten wäre das ein gravierender Wettbewerbsnachteil für den Standort, der solche Regeln einführen würde. Das „scheue Reh“ würde sich sehr schnell eine saftige Weide suchen – das Kapital würde wo anders investiert werden, wo es wirtschaftsfreundlicher zugeht.

Die Massenarbeitslosigkeit nützt den Unternehmen, die umso besser mit mehr Kapitaleinsatz und mehr Arbeitsverdichtung ihre Gewinne steigern können. Würde die Arbeitskraft nicht im Übermaß angeboten, sondern knapp werden, wären die Unternehmen gezwungen, die Arbeitskräfte mit besserer Bezahlung zu locken. Das wäre allerdings – bei offenen Märkten - das Ende ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

### **Wie hängt die Höhe der Löhne mit der Produktivität der Arbeit zusammen?**

Weil die Produktivität unserer Arbeit im Durchschnitt sehr hoch ist, können wir uns entsprechend höhere durchschnittliche Löhne leisten als die Rumänen, Chinesen und Inder. Eine gut ausgebaute Infrastruktur, eine funktionierende Rechtsordnung und ein hoher durchschnittlicher Bildungsgrad sind auch sehr wichtig für eine hohe Produktivität der Arbeit. Hier haben wir noch gegenüber vielen Entwicklungs- und Schwellenländern deutliche Wettbewerbsvorteile. Aber wie lange kann dieser Vorsprung gehalten werden? Wir wissen, dass schon jetzt in Osteuropa, aber auch in Asien (speziell in China und Indien) die Infrastruktur mit hoher Geschwindigkeit ausgebaut wird und immer bessere Fachleute in hervorragenden Universitäten ausgebildet werden. Die Rechtsordnung, soweit sie für Unternehmen wichtig ist, hat in den meisten Schwellenländern bereits das erforderliche Niveau erreicht. Uns wird zwar an jedem Tag von unserer Regierung eingeredet, dass wir mit besserer Bildung unsere Wettbewerbsvorsprung halten und ausbauen können – aber wer will im Ernst glauben, dass wir als Deutsche oder Engländer klüger und findiger sind als Chinesen und Inder?



Noch bis in die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts waren die Gewerkschaften mächtig genug, um durchzusetzen, dass die Erträge aus der steigenden Produktivität von Arbeit zu entsprechender Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung führten. Die Interessen des Binnenmarktes waren noch dominant, Industriepolitik möglich. Denn es gab noch Regeln, die von allen Unternehmen einzuhalten waren, ohne dass sie sich ihrer Verantwortung durch ein Ausweichen in Billiglohn- und Niedrigsteuere Länder entziehen konnten. Auch der ungebremsste Kapitalfluss war damals nicht möglich. Inzwischen sind im Zuge der neoliberalen Globalisierung die Gewerkschaften entmachtet worden, weil die Belegschaften durch die Drohung mit der Verlagerung der Produktion erpressbar geworden sind.

Dass es in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts trotz dieser politischen Gestaltungsmöglichkeiten zwar Vollbeschäftigung, jedoch auch soziale Ungerechtigkeit und ökologische Zerstörung gab, lag nicht an selbst gemachten globalwirtschaftlichen „Sachzwängen“, unter denen wir heute leiden, sondern am politischen Willen, der für eine bessere Politik keine Mehrheit gefunden hat. Immerhin konnte in den siebziger Jahren das soziale Netz ausgebaut werden, das heute durch die neoliberale Globalisierung gefährdet ist.

### **Wie hängen Konzentration und Macht der Unternehmen zusammen?**

Wir beobachten eine starke Tendenz zur Konzentration von Unternehmen. Die Konzentration ist eine Folge des internationalen Konkurrenzdrucks, dem auf Dauer nur die ganz großen Unternehmen gewachsen sind. Sie können in riesigen Stückzahlen produzieren, können ihre Zulieferer in Abhängigkeit halten und Märkte beeinflussen – z.B. durch ihre Finanz- und Investitionspolitik sowie durch ihre Werbestrategien. Ein Beispiel für die Macht der Wirtschaftselite sind die „systemrelevanten“ Banken, die in der aktuellen Finanzkrise die Regierungen zum Tanzen gebracht haben.

Wenn die Regierungen der Länder weltweit darum kämpfen, von den Unternehmen als der günstigste Standort eingeschätzt zu werden, müssen sie den Unternehmen in der Politik entsprechend entgegenkommen. Also müssen sie die Unternehmen von Steuern und Sozialabgaben entlasten, müssen sich gegen angemessene Mindestlöhne wenden und dürfen keine Gesetze zur Verkürzung der Arbeitszeiten erlassen.

Der Staat sieht sich immer weniger in der Lage, die Daseinsgrundfunktionen für die Bevölkerung mit für alle tragbaren Kosten zu gewährleisten: Bildung, Gesundheit, Mobilität, Wasser- und Energieversorgung, soziale Absicherung, Hilfe bei Arbeitslosigkeit und Altersarmut. Je mehr sich der Staat zurückzieht, desto mehr dieser Leistungen werden privatisiert und den Marktgesetzen untergeordnet. Allgemeinwohl und Solidarität bleiben auf der Strecke - und früher oder später auch die Demokratie, denn die Macht liegt dann allein noch bei der Wirtschaftselite.

Im Zuge der weltweiten Fusionen und Unternehmenskonzentration werden einige wenige besonders wirtschaftsfreundliche Standorte in der Welt die großen Produktionen auf sich ziehen, während in den übrigen Ländern die De-Industrialisierung (und damit der Verlust entsprechender Arbeitsplätze einschließlich industrienaher Dienstleistungen) voranschreitet. Mit zunehmender Massenarbeitslosigkeit wird auch das soziale Netz mehr und mehr reißen und schließlich zusammenbrechen.

### **Kann die weltweite Wirtschaft auf globaler Ebene sozial gestaltet werden?**

Es kursieren Vorschläge eines neuen Ordnungsrahmens für den Weltmarkt, die globalen Institutionen die Verantwortung für die Gestaltung und Überwachung einer

notwendigen Wettbewerbsordnung für die globalen Märkte übertragen wollen („global governance“, „Weltinnenpolitik“).

Wie schwer es ist, sich in global brennenden Fragen weltweit zu einigen, hat die gescheiterte Klimakonferenz in Kopenhagen erneut gezeigt. Einige Probleme (dazu gehört auch das Artensterben) müssen global angegangen werden und dafür müssen die Kompetenzen und Mittel der UNO wirksam erweitert werden.

Es mag auch möglich sein, sich weltweit auf einige notwendige Minimalregeln für den Finanzmarkt zu einigen. Jedoch wäre es eine Illusion zu glauben, dass Staaten mit sehr unterschiedlichem Wohlstandsniveau global einheitliche Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft festlegen werden, etwa gemeinsame Mindestlöhne und Steuersätze, um zu verhindern, dass renditehungriges Kapital in die Länder mit den geringsten Sozial- und Ökostandards ausweichen kann. Und Entwicklungsländern wird nicht zugestanden werden, dass sie sich vor dem massenhaften Import von Industriegütern mit Hilfe wirksamer Zölle schützen, um der eigenen Wirtschaft eine Entwicklungschance zu geben. Die sehr unterschiedlichen Interessenlagen der armen und reichen Länder lassen sich bei offenen Märkten von einer zentralen Instanz nicht unter einen Hut bringen.

Und selbst wenn dies gelänge, so würden auf globaler Ebene Expertengremien über das wirtschaftliche Schicksal der Menschen in allen Ländern der Erde bestimmen. Die Entscheidungsprozesse von global agierenden Institutionen wären durch demokratisch gewählte Regierungen der einzelnen Länder nicht mehr kontrollierbar und beeinflussbar. Die Entscheidungsbefugnis globaler Institutionen würde die demokratisch organisierte Verantwortlichkeit der Menschen für ihr eigenes Leben ad absurdum führen.

Eine globale Zentralisierung fundamental wichtiger Entscheidungsbefugnisse ist der falsche Weg. Der Weg in die umgekehrte Richtung führt in eine menschenwürdige Zukunft.

### **Und welche Alternative sieht ATTAC?**

Die aufgezeigten negativen Entwicklungen der neoliberalen Globalisierung gehen zu Lasten der Bevölkerung nicht nur der Entwicklungsländer, sondern auch der Industrie- und Schwellenländer. Daher wendet sich Attac gegen die Deregulierung des Kapitalmarktes und gegen die Liberalisierung (globale Öffnung) der Märkte für Güter und Dienstleistungen (konkrete Forderungen siehe folgendes Kapitel). Der zerstörerische Orkan des internationalen Standortwettbewerbs muss sich wandeln in einen Wind, der den Wettbewerb auf regionalen Binnenmärkten belebt.

Der Grundgedanke des Regionalisierungskonzepts lässt sich in folgendem Vergleich (Bild) beschreiben: Der Markt (das Agieren der Wirtschaftsunternehmen nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage) gleicht einem Wildpferd, das gezügelt werden muss, um nützliche Arbeit verrichten zu können. Eine Zähmung des Wildpferdes in der offenen Prarie (offene Märkte) ist nicht möglich. Nur innerhalb eines Gatters lässt sich das Wildpferd zureiten – ohne Gatter flieht es (wie das flüchtige Kapital) und entzieht sich dem Zugriff des Zureiters (Politik in einem Staat oder Staatenbund, dessen demokratisch beschlossene Gesetze nur in dem entsprechenden Hoheitsgebiet gelten).

Eine (Groß-) Region mit reguliertem Außenhandel (der Abschied vom neoliberalen Freihandel) ist also die Voraussetzung dafür, dass wirksame soziale und ökologische Gesetze erlassen werden, die unter den Bedingungen des internationalen Wettbewerbs (offene Märkte) scheitern würden. Vollbeschäftigung und Mindestlöhne,

von denen man gut leben kann, sind nur möglich, wenn die entsprechenden Gesetze nicht zur Folge haben, dass die unter internationalem Konkurrenzdruck stehenden Unternehmen in Länder mit billigen Löhnen und niedrigen Steuern ausweichen.

Mit der Regionalisierung allein ist noch nicht viel gewonnen. Mit ihr sind erst die Voraussetzungen geschaffen, dass mit demokratischer Politik die zentralen Probleme gelöst werden können – auch wenn die Problemlösung von der Wirtschaftselite abgelehnt wird. Welche sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden müssen, damit die Unternehmen in den Dienst an der Gesellschaft gestellt werden können, muss im demokratischen Meinungskampf politisch ausgefochten werden. Ohne das Sachzwangargument des internationalen Wettbewerbs ist es dann möglich, den technischen Fortschritt für das Wohl aller Menschen einzusetzen – statt nur eine kleine Gruppe von Reichen immer reicher und mächtiger werden zu lassen.

Wir brauchen eine Wirtschaft, die in erster Linie die Nachfrage des Binnenmarktes bedient. Wir brauchen überschaubare Wirtschaftskreisläufe, die sich auf wirtschaftsstrukturelle Vielfalt stützen bzw. diese Vielfalt schaffen. Wir brauchen diese Vielfalt an Branchen, die uns durch die Globalisierung der Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen verloren gegangen ist.

Der Außenhandel darf nicht die Bedeutung haben, die er bei uns zurzeit hat und die uns von ihm abhängig macht. Der Außenhandel muss durch Zölle, Kontingente und Kapitalverkehrsregeln politisch gesteuert werden – immer mit dem Ziel, die Vielfalt unserer Wirtschaftsstruktur wieder zu gewinnen und zu erhalten. So wird Vollbeschäftigung wieder möglich, wie wir sie in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts schon hatten - das war vor dem massiven Einsetzen der neoliberalen Globalisierung.

Nach dem Konzept der Regionalisierung sollen Großregionen entstehen, zum Beispiel der Zusammenschluss mehrerer Länder mit relativ homogenem Produktivitätsniveau wie in Teilen der EU. In solchen Großregionen, die einheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, können die Wirtschaftsunternehmen wieder einer Kontrolle durch die Politik unterworfen werden. Unsere Politiker können dann nicht mehr von der Wirtschaftselite wie Ochsen am Nasenring geführt werden. Die demokratisch beschlossenen Gesetze müssen die Unternehmen wieder binden können. Wenn es in der EU nicht möglich ist, einheitliche Steuern sowie soziale und ökologische Standards als verbindliche Rahmenbedingung für den Wettbewerb der Wirtschaftsunternehmen zu setzen, dann müssen sich solche EU-Länder zusammenschließen, die dazu in der Lage sind. Der Binnenmarkt muss groß genug sein, um einen Markt für technisch aufwendige Produkte (wie Autos, Spezialmaschinen, Forschungsanlagen etc.) zu bieten und sich von global agierenden Konzernen unabhängig zu machen.

Über ihre Grenzen hinweg sollen die Großregionen (mit je eigener Währung) weiter miteinander Handel treiben können – aber nicht mehr nur nach den Gesetzen des Marktes, sondern nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, also politisch gesteuert mit Hilfe zum Beispiel von Zöllen, Kontingenten und Kapitalverkehrsregeln.

Industriepolitik und andere wirksame Maßnahmen zur Erhaltung einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur in allen Landesteilen müssen für jede Region möglich sein.

Die Entscheidungen sollen möglichst dezentral nach dem Prinzip der Subsidiarität gefällt werden, also auf möglichst unterer Ebene: je nach dem, um was es geht, sind die Kommunen (Kleinregionen) oder die Regierungen auf Länder oder Staatsebene

(Mittelregionen) oder eine Staatengemeinschaft wie die EU oder Teile davon (Großregionen) zuständig, letztlich auch global autorisierte Institutionen wie die UNO.

Ziel ist, dass die Wirtschaft wieder eine Ordnung erhält, die eine Vielfalt in der Wirtschaftsstruktur sicherstellt und schützt: alle Wirtschaftsbranchen sollen erhalten bleiben bzw. wieder neu entstehen. Auch wenn die Effizienz der Wirtschaft geringer ist, so wird doch die Lebensqualität der Bevölkerung deutlich steigen. Der Wachstumszwang entfällt. Vollbeschäftigung ist machbar. Der Klimawandel kann auf politischem Wege gestoppt werden.

Das Konzept der Subsidiarität bezogen auf die Wirtschaft bedeutet: so viele Belange wie möglich (gemessen an der lokalen Verantwortung und Kompetenz) sollen auf der kommunalen Ebene gefällt werden, wie es z.B. mit den Sparkassen praktiziert wurde, bevor sie über die Landesbanken auf den internationalen Finanzmärkten mitmischen wollten. Auch andere auf Gemeinschaftsgüter bezogene Unternehmen und Institutionen sollten entweder in der Hand oder zumindest in der Verantwortung von Kommunen liegen, zum Beispiel Unternehmen der Wasser- und der Energieversorgung, Krankenhäuser und Bildungseinrichtungen sowie Unternehmen der lokalen/ regionalen Mobilität. Andere Entscheidungen, die größere Räume einbeziehen müssen, z.B. der Fernstraßenbau oder die Bahn, müssen auf nationaler Ebene gefällt werden. Zölle, Kontingente und Kapitalverkehrsregeln, die den EU-Binnenmarkt schützen sollen, sind Aufgaben der Großregion wie der EU oder eines kleineren Zusammenschlusses von Ländern. Die Entscheidungen zur Steuerung des Außenhandels sollten im Einvernehmen mit den davon betroffenen Regionen getroffen werden.

Das folgende lange Zitat, das die Bedeutung von lokalen Gemeinschaften (also der kleinen Region, hier nicht der Großregion) betont, stammt aus der Zeitschrift „Sand im Getriebe“ Nr. 79, S. 17: „Die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereiche sind eng miteinander verflochten. Eine schlüssige Strategie muss daher alle diese Gebiete ins Auge fassen... Ein Gesichtspunkt dieses Konzepts ist die Wiederherstellung von lokalen Gemeinschaften als grundlegender sozialer, politischer und wirtschaftlicher Einheit statt einer Ausrichtung am Weltmarkt. Sozialer Zusammenhalt, demokratische Teilhabe, ökonomische und ökologische Verantwortung können nur erreicht werden, indem der Prozess der Entscheidungsbildung auf die unterste angemessene Ebene zurück verwiesen wird. Dies ist eine grundlegende Lehre, die uns ethnische Kulturen und lokale Gemeinschaften zuteil werden lassen. Ein an lokalen Gemeinschaften orientierter Ansatz steht jedoch nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit von weitgehender internationaler Kooperation.“

Ganz im Gegensatz dazu wird es starker Bündnisse innerhalb und jenseits aller Grenzen zwischen direkten Produzenten in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Industrie bedürfen. Bündnisse, die auch die Stärke des Gedankens der Gleichheit zwischen den Geschlechtern nutzen und die ungerechte Machtbeziehungen auf allen Ebenen sowohl erkennen als auch überwinden. Dies schließt ebenfalls die Notwendigkeit von Abkommen zur stärkeren regionalen und internationalen Zusammenarbeit ein, um allgemeine und anteilig genutzte Ressourcen wie etwa grenzüberschreitende Wasserressourcen zu verwalten. Ferner wird die internationale Zusammenarbeit den entwickelten gegenseitigen Austausch von Ideen, Technologien und Kenntnissen über alle Grenzen hinweg fördern, wie auch einen auf gegenseitigen Respekt gegründeten offenen Dialog zwischen verschiedenen Kulturen.“

Systemwechsel statt Klimawandel - Die Erklärung vom Klimaforum09 - Unterschrieben von ca. 500 Organisationen, darunter: ATTAC Dänemark, Attac Deutschland, ATTAC Finnland, ATTAC Flandern (Belgien), ATTAC Frankreich, ATTAC Italien, ATTAC Japan, ATTAC Österreich, ATTAC Polen, ATTAC Spanien, ATTAC Schweden, ATTAC Togo, Sozialforum Österreich, Focus on the Global South, Jubilee South, TNI, ...

### **Welche Schritte sind schon heute machbar?**

Die angedeutete Regionalisierung (De-Globalisierung) von Wirtschaft ist ein Fernziel, das in der politischen Auseinandersetzung über aktuelle Themen noch kaum ins Blickfeld rückt, jedoch in seiner Bedeutung (als Voraussetzung einschneidender politischer Weichenstellungen auf nationaler und EU-Ebene) nicht unterschätzt werden darf. ATTAC mischt sich in die **konkrete Politik** ein, indem es Schritte in die richtige Richtung propagiert. Im Vordergrund steht dabei oft die Abwehr von Vorhaben, die der neoliberalen Doktrin verhaftet sind und auf nationaler, europäischer und globaler (WTO-) Ebene vorangetrieben werden.

Wenn die Politik die Forderungen der Bevölkerung z.B. nach Vollbeschäftigung und hinreichenden Mindestlöhnen nicht erfüllen kann, weil sie der allmächtigen Wirtschaftselite ausgeliefert ist, dann werden überzeugende politische Antworten auf die tieferen Ursachen der politischen Ohnmacht – die Überwindung der neoliberalen Globalisierung - unausweichlich.

Bisher wurden von ATTAC zum Beispiel folgende Maßnahmen gefordert und Kampagnen durchgeführt (nach drei Themengruppen differenziert):

#### **a) Regeln für grenzüberschreitende Finanz- und Warengeschäfte – gegen den „Rammbock der neoliberalen Globalisierung“:**

Wir wenden uns gegen die weitere Liberalisierung und Deregulierung des grenzüberschreitenden Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehrs mit der Folge ungebremster Standortkonkurrenz. Die geplante Durchsetzung der „Gesetze des ungezügelten Marktes“ auf globaler Ebene ist ein von der global agierenden Wirtschaftselite betriebener Wirtschaftsdarwinismus zu Lasten der Bevölkerung. Dagegen wehren wir uns z.B. mit folgenden Forderungen:

- Besteuerung von Finanztransaktionen („Tobinsteuer“): damit die Spekulation mit Währungen nicht ganze Volkswirtschaften in Bedrängnis bringen und aus den Erträgen dieser Steuer den Entwicklungsländern gezielt geholfen werden kann.
- GATS-Kampagne: gegen die geplante Bolkenstein-Richtlinie der EU („Dienste ohne Grenzen“), deren Umsetzung dazu führen würde, dass billige Arbeitskräfte aus Osteuropa bei uns massenhaft besser bezahlte Arbeitsplätze verdrängen.
- TRIPS-Kampagne: Dieses WTO-Abkommen zielt auf eine Privatisierung des Wissens (Eigentumsrechen) in den Händen von Konzernen. Es behindert den Wissenstransfer.
- Kampagne gegen die Softwarepatent-Richtlinie der EU. Diese Richtlinie strebt eine Fortschreibung des Patente-Wahnsinns auf Computerprogramme an.
- Kampagne GENug WTO! Information über eine Klage der USA, Kanadas und Argentiniens gegen die EU vor dem WTO-Schiedsgericht. Mit der Klage soll unter Berufung auf den globalen Freihandel die unbeschränkte Einfuhr genmanipulierter Nahrungsmittel durchgesetzt werden.

- Steueroasen trockenlegen: damit nicht weiterhin einige Staaten durch Steuer-Dumping unter Ausnutzung des Bankgeheimnisses den Reichen in aller Welt die Möglichkeit zur Steuerflucht bieten.
- „Das Casino schließen“: damit irrwitzige Spekulationen an den Börsen und andere dubiose Aktionen von Finanzjongleuren (z.B. „Heuschrecken“) nicht weiterhin zu einer massiven Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums von unten nach oben führen und die Realwirtschaft in Krisen stürzen können.
- Kritik an geplanten Freihandelsabkommen: damit die Binnenmärkte von Entwicklungs- und Schwellenländern vor den Industrie- und Nahrungsmittelimporten aus Industrieländern geschützt und die kleinteiligen Wirtschaftskreisläufe erhalten werden können (Einmischung bei WTO-Ministerkonferenzen und G 20- G 33-, G 90-Treffen der Regierungschefs).
- Für ein soziales und faires Europa, „Ein anderes Europa ist möglich“: gegen den neoliberalen Verfassungsentwurf und für eine Alternative: „Erklärung über zehn Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ (gemeinsam vorgelegt von 16 Attac-Länderorganisationen).

### **b) Engagement gegen Privatisierung:**

Wir wenden uns gegen die weitere Privatisierung von Gemeinschaftsgütern wie Gesundheit, Bildung, Wasser, Kultur, Energieversorgung und Verkehr. Privatisierung bedeutet Ausverkauf öffentlichen Eigentums und führt zum Verlust demokratischer Kontrolle und gesellschaftlicher Gestaltungsmöglichkeiten. Beispiele:

- Suko-Kampagne: gegen den Ausverkauf von Gewässern in der Türkei. Die Versorgung mit gesundem Wasser gehört zu den Daseinsgrundfunktionen, die der Staat allen seinen Bürgern zu gewährleisten hat – unabhängig vom Inhalt ihres Geldbeutels.
- Bahn-Kampagne gegen die Privatisierung (Börsengang) der Deutschen Bahn, damit die Mobilität nicht allein dem Markt überlassen wird. Bei Privatisierung würden nur gewinnträchtige Strecken betrieben werden. Die Schweiz hat gezeigt, dass es auch anders geht.
- Gegen die Privatisierung kommunaler Infrastruktur mit Hilfe von Cross-Border-Leasing-Geheimverträgen. Mit dem Überlassen wichtiger kommunaler Infrastruktur an private Unternehmen (wie z.B. der U-Bahn in Frankfurt an US-Unternehmen) wollten sich die Kommunen über Steuertricks Vorteile verschaffen, die sich als unüberschaubare Risiken entpuppt haben.
- Kampagne PPP-Irrweg - gegen Public Private Partnership: wenn die öffentliche Hand einem privaten Unternehmen über lange Zeit (oft über 25 Jahre) den Betrieb oder die Bewirtschaftung einer Immobilie oder Einrichtung überträgt (mit garantierten regelmäßigen Einnahmen), dann werden die sozialen Belange der Bevölkerung systematisch vernachlässigt, weil der Markt nur die marktgängigen Bedürfnisse berücksichtigt.

### **c) Für ein solidarisches Sozialsystem, gegen Umverteilung von unten nach oben:**

Wir wenden uns gegen die fortschreitende Deregulierung des Marktgeschehens mit der Folge, dass das Profitinteresse der Kapitaleigner die sozialen und ökologischen Lebensinteressen der Bevölkerung verdrängen. Wir setzen uns für anspruchsvolle

soziale und ökologische Standards ein: für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft, die diese Bezeichnung verdient. Beispiele:

- Die Verursacher der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zur Kasse bitten: damit die Last der vielen Milliarden an staatlichen Subventionen für die Banken, die sich verspekuliert haben, nicht von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden muss, die schon die Folgen der von den Banken verursachten Wirtschaftskrise auszubaden hat („Bankentribunal“ April 2010).
- Angemessene Besteuerung der Reichen: damit durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und durch eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer die Kluft zwischen reich und arm etwas weniger groß und mit den Einnahmen die Kapazität und Stabilität des sozialen Netzes erhöht wird.
- Die Lidl-Kampagne: an die Lidl-Chefetage gingen die Forderungen: „Stop Preis-, Umwelt- und Sozialdumping“ – stellvertretend für auch andere Einzelhandelsunternehmen, die zu Lasten ihrer Arbeitnehmer und der Umwelt agieren.
- McPlanet-Kampagne: In Zusammenarbeit mit dem BUND und Greenpeace hat Attac den Zusammenhang von Ökologie und Globalisierungskritik aufgezeigt (Umweltzerstörung, Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt): „Ohne Umwelt- und Klimaschutz ist keine globale Gerechtigkeit denkbar, und ohne Gerechtigkeit wird es nicht gelingen, die Zerstörung der Natur aufzuhalten.“
- Arbeit fair teilen: damit sich die gestiegene Produktivität (Ersatz von Arbeit durch Kapital) nicht in Massenarbeitslosigkeit und erzwungene Unterbeschäftigung niederschlägt, sondern zur obligatorischen Verringerung der Arbeitszeit genutzt wird – kombiniert mit Mindestlöhnen, die ein würdiges Leben auch für Geringverdiener möglich machen.
- Unterstützung der Friedensbewegung: Die wirklichen Ursachen von Kriegen sind soziale Ungerechtigkeit, religiöser Fundamentalismus und wirtschaftliche Interessen. Die wirtschaftlichen Kriegsgründe (Sicherung des Zugangs zu Ressourcen) werden verschleiert mit Scheingründen (Verteidigung, Terrorabwehr, Massenvernichtungswaffen). Daher lehnt Attac Veranstaltungen ab, die von Experten für gewaltsamen Umgang mit Konflikten dominiert sind (wie z.B. die Münchner Sicherheitskonferenz) und weniger der Kriegsvermeidung als der Kriegsvorbereitung dienen.

### **Wie soll es weitergehen?**

Alle Aktionen von ATTAC sind darauf angelegt, an geeigneten Punkten den Widersinn des neoliberalen Marktfundamentalismus sowie die Unmenschlichkeit der daraus abgeleiteten wirtschaftsdarwinistischen Deregulierung aufzuzeigen und zur Gegensteuerung aufzurufen. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen müssen sich die Frage gefallen lassen, ob damit nur Reparaturen vorgenommen werden, damit das bestehende „System“ (das Zusammenspiel zahlreicher zentraler und peripherer Regeln) reibungsloser laufen kann. Oder ob die bestehende Wirtschaftsordnung – die globalisierte Marktwirtschaft - tief greifend verändert werden soll, indem zentrale Weichenstellungen neu justiert werden. Was sind die zentralen Weichenstellungen und wie müssen sie umgestellt werden?

Beispiel: Wenn zurzeit in den meisten Medien angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise „mehr politische Regelung“ des Finanzmarktes und „eine stärkere

Rolle des Staates“ gegenüber der Wirtschaft eingefordert werden, dann könnte ein Außenstehender auf den Gedanken kommen, dass ATTAC überflüssig geworden ist, weil ihre Forderungen „in der Mitte der Gesellschaft“ angekommen sind.

Reicht es, wenn die Steueroasen geschlossen werden? Reicht es, wenn die Finanzprodukte verboten werden, die zur Krise geführt haben? Macht es Sinn, die Banken zu verstaatlichen? Allgemeiner gefragt: Wie weit müssen die neuen Regeln gehen, damit die entsprechend gezügelte Wirtschaft wieder allen Menschen dient und nicht nur einer kleinen Gruppe? Wie kann eine Überregulierung vermieden werden, die sich auf sinnvolle wirtschaftliche Aktivitäten lähmend auswirken würde? Können bestimmte als sinnvoll empfundene Regeln den beabsichtigten Effekt haben, wenn diese Regelungen nur auf nationaler und nicht auch auf europäischer Ebene gelten?

Das zur Beantwortung dieser und anderer Fragen erforderliche ökonomische Wissen ist bei ATTAC vorhanden. Es wird in Zukunft verstärkt darauf gerichtet werden, solche Weichenstellungen öffentlich zu propagieren, die deutlicher als bisher als Bausteine einer funktionierenden Alternative zur neoliberalen Globalisierung erkennbar sind - im Sinne einer politisch gestaltbaren Regionalisierung (Deglobalisierung) des Wirtschaftsgeschehens.

### **Schlussbemerkung**

Im neoliberalen System des Wirtschaftens ziehen „die am unteren Ende“ immer den schwarzen Peter: die Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder den Verlust fürchten, sich mit prekären Beschäftigungsbedingungen abfinden müssen und mit ihrem niedrigen Einkommen kaum über die Runden kommen. Das neoliberale System (als Regelwerk) treibt systematisch die Spaltung der Gesellschaft voran und zerstört auch Umwelt und Klima.

Die aktuelle Finanzkrise führt uns die Komplizenschaft der herrschenden Politik vor Augen. Sowohl die Größenordnung der Bankenrettungspakete als auch ihre Intransparenz und Demokratieverne sind in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel. „Seit Inkrafttreten der Rettungsmaßnahmen hat weder eine substantielle Offenlegung der Risiken, die in den Bilanzen der geretteten Banken versteckt sind, stattgefunden, noch ein allgemeines Verbot der Finanzpraktiken, die in die Krise geführt haben. Einer neue Blase und neuen Krisen wird nicht vorgebeugt, die Banken können weiterhin hochriskante Geschäfte tätigen und davon ausgehen, dass sie beim Absturz mit Steuergeldern aufgefangen werden. Abzusehen ist außerdem, dass die Kosten der Krise langfristig der Allgemeinheit aufgebürdet werden – in Form von massivem Stellenabbau, Sozialkürzungen und weiterer Privatisierung öffentlichen Eigentums. Die Bankenrettungen folgen damit der Logik, die privaten Gewinne aus dem globalen Spielcasino unangetastet zu lassen und die Verluste zu vergesellschaften. Sie stellen in ihrer intransparenten Form eine radikale Aushöhlung demokratischer Prinzipien dar und gefährden das öffentliche Wohl“ (aus einer Attac-Information über das Bankentribunal im April 2010).

Die Politik hat keine Antwort auf das drückende Problem der Massenarbeitslosigkeit und der Niedriglöhne. Immer mehr Menschen werden von der Teilnahme und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ausgeschlossen, obwohl es dazu eine Alternative gibt – eine Alternative, die allerdings nicht im Interessen der von den Krisen profitierenden Wirtschaftselite liegt. Atomkraft soll wieder eine Option sein. Konzerne greifen nach öffentlichen Gütern. Bildung soll Geld kosten. Über den



Welthandel werden weiterhin die einzelnen Staaten von der globalen Wirtschaftselite erpresst und über den Tisch gezogen. Das alles darf uns nicht entmutigen.

In der ganzen Welt wenden sich Globalisierungskritiker gegen die neoliberalen Machenschaften. Wir wollen und können die Wirtschaft wieder zurück binden in die Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft. Wirtschaftsunternehmen dürfen sich durch ein Agieren auf globalen Märkten nicht unabhängig machen können von Gesetzen, die auf der Ebene von Regionen demokratisch beschlossenen werden.

Wir verfolgen daher weiterhin sehr wachsam alle Versuche der neoliberal orientierten Politik, Gemeinschaftsgüter zu privatisieren, die Märkte weiter zu deregulieren und zugunsten eines globalen Freihandels alle schützenden Schranken zu beseitigen. Und wir arbeiten an einer echten Alternative. Wie anfangs erwähnt: Die wirtschaftliche Globalisierung ist kein Schicksal - eine andere Welt ist möglich. Dafür müssen wir kämpfen. Denn eine bessere Welt fällt uns nicht in den Schoß.

### **Weiterführende Literatur (kleine Auswahl)**

ABC der Globalisierung – von „Alterssicherung bis „Zivilgesellschaft“ (herausgegeben vom Wissenschaftlichen Beirat von attac in Kooperation mit Heinrich Böll Stiftung und „die tageszeitung“) VSA-Verlag, 2005

Atlas der Globalisierung – die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt (Le Monde diplomatique, 2006)

Zehn von vielen – Gekommen um zu bleiben. Attac: die ersten Jahre. (Attac Deutschland anlässlich seines 10. Geburtstages, 2010)

Internationale Besteuerung. Umsteuern – Globalisierungsgewinne *fair*teilen. Silke Ötsch, Peter Wahl. AttacBasisTexte 19 (VSA-Verlag 2006)

Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac. Hrsg.:Thomas Sauer, Silke Ötsch, Peter Wahl (VSA-Verlag, 2009)

Die letzte Grenze. GATS: Die Dienstleistungsverhandlungen der WTO, Sachstand, Probleme, Alternativen. Eine kritische Einführung von Thomas Fritz, weed. (2003)

Der Freihandelskrieg – von der neoliberalen zur zivilisierten Globalisierung. Eine Perspektive für Vollbeschäftigung. Gerd Zeitler (Edition Octopus, 2006)

Die Vorzüge der Deglobalisierung. Walden Bello (in: Sand im Getriebe, Nr. 77, 2009)

### **Dank**

Ich danke zunächst allen meinen GesprächspartnerInnen außerhalb von Attac, die mir in wohlwollender und doch zweifelnder Grundhaltung Fragen zu Attac gestellt und mich auf die Idee dieser Einführung gebracht haben. Mein Dank gilt auch den TeilnehmerInnen des Münchner Attac-Arbeitskreises „Grundlagen“, wo ich mich über sieben Jahre hinweg kritisch in ökonomische Zusammenhänge einarbeiten konnte. Insbesondere denke ich dabei an Gerd Zeitler, Walter Fuchs, Angelika Heimerl, Raul Claro, Sue Dürr, Bernhard Thomas und Klaus Jack. Schließlich danke ich auch den Attacis aus München, die mir bei Entwürfen des vorliegenden Textes mit ihrer Kritik und ihren Anregungen geholfen haben, insbesondere Gerd Zeitler, Walter Fuchs, Raul Claro, Achim Brandt, Bernd Michl.